

3 DIE UNTERDRÜCKUNG DER UIGUREN IN CHINA
International

6 EIN BUNDESLAND IN AUFRUHR
Thüringen

8 MORD AN MARIA B.
Berlin

10 REVOLUTIONÄRES GEDICHT AUS CHILE
Kultur

13 SYSTEMATISCH IN DIE ALTERSARMUT
Frauen

14 EIN PLATZ AN DER SONNE? -
DEUTSCHER IMPERIALISMUS IN AFRIKA
BRD

16 GRÖPELINGEN IM UMBAUFIEBER
Bremen

18 BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG
Hamburg

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder so weit und der 8. März diesen Jahres nähert sich mit rasanten Schritten. Wieder einmal wird deutlich, dass sich in der Frage der Frauenbewegung in den vergangenen Jahren in der BRD einiges getan hat – wenn auch nicht nur positives. Aber deutlich ist, dass die Frauenbewegung deutlich an Fahrt aufgenommen hat. Während vor einigen Jahren der Begriff Feminismus bis auf in wenigen Kreisen noch verschrien war, so ist er heute zu einem Modebegriff geworden. Alles und jeder bezeichnet sich als Feminist oder Feministin. Da ist es um so notwendiger, dass die proletarischen Revolutionärinnen ein um so deutlicheres Zeichen setzen dieses Jahr und zeigen, dass proletarischer Feminismus mehr ist als nur ein T-Shirt tragen, etwas seine Sprache anzupassen und ein paar klug wirkende Reden zu schwingen. Es ist um so notwendiger zu zeigen, dass der proletarische Feminismus nur durch die korrekte Anwendung der Ideologie des internationalen Proletariats – dem Maoismus – zu einer tatsächlichen Kraft werden kann, die der proletarischen Revolution in diesem Land dienen kann. Das heißt in diesem Moment der Rekonstitution der Kommunistischen Partei in diesem Land dient. Darum: Heraus zum 8. März!

Auch kurz benannt werden muss, wie der Yankee-Imperialismus seine Aggression in Westasien weiter voran treibt. Der „Deal des Jahrhunderts“ von Trump ist nur eine weitere Masche des Yankee-Imperialismus, mit seinem zionistischen Verbündeten dem palästinensischen Volk sein Recht auf einen eigenen Staat abzuerkennen, der auch nur im entferntesten das eigentliche Territorium vor der Gründung Israels umfasst. Dieser „Deal“ reiht sich in ein unterschiedliche Maßnahmen des Yankee-Imperialismus mit Trump an der Spitze, die das palästinensische Volk

erniedrigen sollen. Doch das palästinensische Volk wird weiter auf seinem Kampf bestehen, mit dem es die Freiheit erringen wird und über die Köpfe derer, die es verraten haben, hinweg marschieren.

In eigener Sache haben wir auch noch eine frohe Nachricht zu verkünden in dieser Ausgabe. Die Rote Post ist jetzt schon zwei Jahre alt. Nach wie vor begreifen wir die Arbeit mit der RoPo als unsere Möglichkeit, einen kleinen Beitrag zu leisten für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der BRD. Darum wollen wir auch weiter allen Schwierigkeiten und Problemen trotzen und die Qualität der RoPo stetig steigern. Wir hoffen, dass uns das mit dieser Ausgabe gelungen ist und freuen uns auch weiter über jede Kritik und jeden Vorschlag, der uns zugeschickt wird.

Genau darum wollen wir auch einen Fehler berichtigen, der in dem Artikel „Yankee-Imperialismus eskaliert Aggression gegen den Iran“ in der letzten Ausgabe aufgetreten ist. Hier wurde ein Teil des Artikels doppelt abgedruckt. Wir wollen das zum Anlass nehmen, unsere Wachsamkeit weiter zu erhöhen, jeden Liberalismus bei der Ausarbeitung der RoPo weiter zu bekämpfen und so unserer Arbeit gerecht werden.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DIE UNTERDRÜCKUNG DER UIGUREN IN CHINA

Verschiedene Verkäufer der RoPo teilten uns in den vergangenen Wochen mit, dass ein Thema in den Arbeitervierteln zurzeit in aller Munde ist. Um von vornherein damit aufzuräumen und der Herausbildung von antikommunistischen Vorurteilen entgegenzuwirken, wollen wir diesen Artikel diesem Thema widmen. Die Rede ist von der Unterdrückung der Uiguren in China. Die Uiguren sind eine nationale Minderheit, die in der Hauptsache im Westen des Landes, genauer in der Region Xinjiang lebt. Die Uiguren haben ihre eigene Sprache, ihre eigene Schrift, ihre eigene Kultur, ihre eigenen kulinarischen Spezialitäten und sind beinahe durchweg muslimischen Glaubens. Neben der Han-Nationalität, die die mit Abstand größte ist, gibt es in China eine Menge nationaler Minderheiten, von denen wiederum eine die Uiguren sind. Ihr Zuhause Xinjiang wurde 1949 in die Volksrepublik China eingegliedert und dann sechs Jahre später zum „Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang“ erklärt. Nach dem Tod des Vorsitzenden Mao 1976 und der Machtübernahme durch den Revisionisten Deng Xiaoping siedelten sich viele Han-Chinesen in dem Gebiet an, die dort ab diesem Zeitpunkt in der Hauptsache von der Restauration des Kapitalismus profitierten. Die Uiguren waren ab diesem Zeitpunkt immer mehr mit Unterdrückung konfrontiert.

Mitte 2019 wurden erste Berichte von den bürgerlichen Medien aus verschiedenen imperialistischen Ländern veröffentlicht, in denen die Situation der Uiguren in China aufgedeckt wurde. Es erschienen Luftaufnahmen von Umerziehungslagern und Interviews mit ehemaligen Gefangenen, die von ihrem Leid berichteten. Demnach errichtete das chinesische Regime in Xinjiang Lager, in denen Uiguren eingepfercht und „umerzogen“ werden sollten. „Umerzogen“ bedeutet in diesem Fall so viel wie dass ihnen ihre eigene Kultur, ihre Sprache, Schrift und ihre Religion ausgetrieben werden sollte. Alles was sie als nationale Minderheit ausmacht, sollte bzw. soll ihnen weiterhin vom faschistischen Regime Chinas genommen werden. So werden sie in den Lagern eingesperrt, wo sie dann in der Han-Kultur und Sprache geschult werden und durch folterähnliche Methoden in ihrer Moral gebrochen werden. So gab es Berichte von schlechtem und unzureichendem Essen, stundenlangen

Umerziehungsschulungen, harten Bestrafungen bei Ungehorsam oder auch Spaltungen der Inhaftierten, in dem man Häftlinge von anderen Häftlingen überwachen und kontrollieren lässt. Das Ganze, um die Uiguren zu assimilieren. Sie sollen sich anpassen und unterordnen. Alles, was sie als nationale Minderheit ausmacht, sollen sie aufgeben und sich voll und ganz der Han-Nationalität fügen. Das chinesische Regime versucht, jegliche nationale Minderheiten zu assimilieren und ein möglichst einheitliches, han-chinesisches China zu schaffen. Damit wird angestrebt, einer Zuspitzung der Widersprüche zwischen den verschiedenen Nationalitäten innerhalb Chinas entgegenzuwirken. Denn solange es nationale Minderheiten gibt, die unterdrückt werden, kämpfen diese auch für ihre Gleichberechtigung und gegen die Unterdrückung. Besonders in China wurden in der Vergangenheit diese Kämpfe immer wieder von Chinas imperialistischen Konkurrenten befeuert und bieten damit eine Angriffsfläche auf den chinesischen Imperialismus, die er unbedingt loswerden will.

Als die anderen Imperialisten von der Sache mit den Uiguren Wind bekamen, lockerten sich ihre großen Mundwerke wieder einmal ganz gewaltig. Die USA, die BRD, Frankreich oder auch große internationale politische Institutionen der Imperialisten zeigten sich geradezu empört über die Verbrechen Chinas. Es folgten etliche Moralpredigten und Denunziationen, die an und gegen China gehalten wurden. Ziemlich absurd, wenn man bedenkt, was sie selbst in der Welt schon alles verbrochen haben. Doch diese Verbrechen, die heuchlerischerweise häufig sogar im Namen der Demokratie und der Menschenrechte begangen wurden, werden an dieser Stelle einfach gar nicht erwähnt. All diese Denunziationen, Moralpredigten und Kommentare, die in Richtung China geschossen wurden, dienen voll und ganz zwei Dingen. Zum einen versuchen Deutschland und die anderen Imperialisten, China als imperialistischen Konkurrenten in ein schlechtes Licht zu rücken. Hierzu missbrauchen sie die schlechte Lage der Uiguren lediglich; wie es ihnen wirklich geht und was mit ihnen passiert, ist den anderen imperialistischen Nationen im Endeffekt vollkommen egal. Zum anderen versuchen sie, vor den Massen anti-kommunistische Propaganda zu schüren und nutzen dafür die Lüge, dass China noch sozialistisch sei

– eine Lüge, die vom chinesischen Regime und der sogenannten Kommunistischen Partei Chinas seit Jahrzehnten aufrechterhalten wird. Denn das heutige imperialistische China hat mit dem früheren sozialistischen China unter Führung des Vorsitzenden Mao nichts mehr am Hut. Der einzige Ort, wo China noch sozialistisch ist, ist auf dem Papier; auch wenn das Regime etwas anderes behauptet. Das imperialistische China wird als *rot* getarnt, ist in seinem Kern aber schwarz wie die dunkelste Nacht. Wie wir alle wissen und auch hier in der BRD immer wieder erleben, ist nicht überall wirklich das drin, was auch draufsteht.

Erst im Herbst letzten Jahres gab es in China große Feierlichkeiten aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik, um die rote Maske aufrechtzuerhalten. 1949 gelang es dem chinesischen Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas nach Jahrhunderten von Hunger, Elend, Krieg, Rückständigkeit, Unterdrückung und Ungleichheit, die neudemokratische Revolution zu vollenden und sich zu befreien. Es folgten glorreiche Jahre und Jahrzehnte auf dem Weg der sozialistischen Revolution, in denen China riesige Fortschritte machte und nach und nach von einer der rückständigsten Nationen der Welt zu dem Land heranwuchs, das den Fortschritt verkörperte. Viele einschneidende Probleme des Volkes wurden gelöst; und das auch wegen der großen Beteiligung der Massen an den Kampagnen, die die Kommunistische Partei vorgab.

Es gab Massenmobilisierungen in einem Ausmaß, das die Welt noch nicht gesehen hatte. Doch auch der Klassenfeind existierte noch im sozialistischen China und startete immer wieder Angriffe gegen das Volk, die Partei und den Vorsitzenden Mao. Während es zu Lebzeiten des Vorsitzenden Mao mehrfach gelang, diese Angriffe auf den Sozialismus abzuwehren und die revisionistischen Linien zu zerschlagen, gelang es der Bourgeoisie nach dem Tod von Mao am 9. September 1976, mit Deng Xiaoping die Partei an sich zu reißen, die Macht über den Staat zu übernehmen und den vom Volk erkämpften Sozialismus wieder völlig auf den Kopf zu Stellen. Was das Ergebnis davon ist, wird uns heute sehr eindrücklich gezeigt, wenn wir nach China schauen.

Selbstverständlich gab es auch zu sozialistischen Zeiten schon die Uiguren und auch eine Vielzahl anderer nationaler Minderheiten in China. Doch damals war die Handhabung das genaue Gegenteil von der heutigen. Denn statt die nationalen Minderheiten zu unterdrücken, „umzuerziehen“ im Sinne der Assimilation und einzusperren wurde damals großer Wert auf ihre Gleichberechtigung gelegt. Denn wer nicht anerkennt, dass verschiedene Nationalitäten, Sprachen, Schriften oder Kulturen gleichberechtigt sind, der ist alles andere als ein Kommunist. Das ganze Thema wurde sehr konkret behandelt und fand auch Berücksichtigung in der Verfassung der Volksrepublik. In verschiedenen Dokumenten, Texten und Artikeln wird das Thema



1. Oktober 1965: Feierlichkeiten zum 16. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China und zum 10. Jahrestag der Gründung der Autonomen Region Xinjiang

aufgegriffen. So auch im Dokument „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“, welches im Jahr 1957 an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Darin heißt es:

„Die nationalen Minderheiten in unserem Lande zählen über 30 Millionen Menschen. Obwohl sie nur sechs Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas ausmachen, bewohnen sie riesige Gebiete, etwa 50 bis 60 Prozent der Gesamtfläche des Landes. Deshalb sollten zwischen der Han-Bevölkerung und den nationalen Minderheiten unbedingt gute Beziehungen gepflegt werden. Der Schlüssel für die Lösung dieser Frage liegt in der Überwindung des Groß-Han-Chauvinismus. Gleichzeitig muss auch der Lokalnationalismus dort, wo es ihn unter den nationalen Minderheiten gibt, überwunden werden. Wie der Groß-Han-Chauvinismus, so ist auch der Lokalnationalismus der Einheit aller Nationalitäten abträglich. Das ist einer der Widersprüche im Volk, der zu überwinden ist. Wir haben auf diesem Gebiet bereits einige Arbeit geleistet, und in den meisten Gebieten der nationalen Minderheiten haben sich die Beziehungen zwischen den Nationalitäten im Vergleich zu früher stark verbessert. Aber es gibt nach wie vor Probleme, die ihrer Lösung harren. In einigen Gebieten herrschen noch bedenklich Groß-Han-Chauvinismus und Lokalnationalismus, und dem müssen wir starke Beachtung schenken. Dank den Bemühungen aller Nationalitäten in den letzten Jahren wurden in den weitaus meisten Gebieten der nationalen Minderheiten in China die demokratischen Reformen und die sozialistische Umgestaltung im Wesentlichen abgeschlossen. In Tibet sind noch keine demokratischen Reformen durchgeführt, da die Bedingungen dafür dort noch nicht reif sind. Gemäß dem 17-Punkte-Abkommen zwischen der Zentralen Volksregierung und der örtlichen Regierung von Tibet wird auch dort die Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems unbedingt durchgeführt werden, aber der Zeitpunkt dafür kann erst festgelegt werden, wenn die Mehrheit der Volksmassen und die führenden Persönlichkeiten Tibets es für möglich erachten; hierbei darf man nicht übereilt vorgehen. Nunmehr wurde beschlossen, im zweiten Planjahrfünft keine demokratischen Reformen in Tibet vorzunehmen. Die Frage aber, ob sie im dritten Planjahrfünft durchgeführt werden, kann erst zu gegebener Zeit

unter Berücksichtigung der Umstände entschieden werden.“

Und auch noch knapp 20 Jahre später hatte das Thema in China eine große Bedeutung. So wurde die Bedeutung der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in einer Verfassungsänderung 1975 wiederbestätigt, und in der Ausgabe 33 des selben Jahres der Zeitung *Peking Rundschau* heißt es:

„Jede nationale Sprache und Schrift soll in China beachtet werden; jede Nationalität, ob groß oder klein, hat das Recht, ihre eigene Sprache und Schrift frei zu gebrauchen... Man muss Kultur, Religion, Sitten und Gebräuche der nationalen Minderheiten respektieren und darf sie nicht zwingen, die Han-Sprache und -Schrift zu lernen, sondern muss ihnen dabei helfen, ihre Kultur und ihr Bildungswesen mittels ihrer eigenen Sprache und Schrift zu entwickeln.“

Es ist offensichtlich, dass die Kommunisten – d.h. wahre Kommunisten und nicht jene, die sich so nennen, aber nichts mit den Grundsätzen und Prinzipien der Kommunisten gemeinsam haben – einen gänzlich anderen Standpunkt zur Frage der nationalen Minderheit haben und nicht auf Zwang und Assimilation setzen. Doch die herrschende Bourgeoisie und ihre Handlanger, die Pseudomarxisten, die Revisionisten, nutzen jede Gelegenheit, um den Kommunismus und den Weg dorthin in den Dreck zu ziehen. Denn die Aussicht auf den Kommunismus ist, was die unterdrückten Massen auf der Welt mit Hoffnung erfüllt und sie zum Kampf gegen das imperialistische System anstachelt. Aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen von Behauptungen, Anschuldigungen und antikommunistischen Vorurteilen, wenn diese von den Todfeinden des Kommunismus kommen. •



2019: Uiguren in Konzentrationslagern - eines der Verbrechen des Revisionismus

EIN BUNDESLAND IN AUFRUHR

Ein ganzes Bundesland ist außer Rand und Band. Seit dem 05.02. wird bundesweit mehr über Thüringen berichtet und diskutiert als üblich. Für die meisten von uns hat der Tag begonnen, wie jeder andere: aufstehen, fertigmachen und ab zur Maloche. Doch kurz nach der Mittagspause gab es eine Art parlamentarisches Erdbeben – Epizentrum war der Landtag in Erfurt, Auslöser die Wahl des Ministerpräsidenten Thüringens. Wir hatten bereits im Vorfeld der Landtagswahl im letzten Oktober über die verschiedenen Schachzüge der bürgerlichen Parteien zur Wahl berichtet. Das Ergebnis der Wahl war nahezu wie erwartet. Die Linke mit Bodo Ramelow wurde stärkste Kraft, vor der AfD, dann „Iron“-Mike Mohring mit der CDU. Der Einzug der FDP in den Landtag wurde nur durch 73 verirrte Stimmen möglich. Letztlich war schon kurz nach der Wahl klar: eine Mehrheitsfindung wird sehr schwierig. Zurück zu den Mittagsstunden des 05. Februars. Zur Wahl des Ministerpräsidenten stehen 3 Kandidaten: Alt-MP Ramelow, eine parteilose Marionette, die von der AfD vorgeschlagen wurde, und das Schlachtross der Thüringer FDP, Thomas Kemmerich. Eigentlich an sich schon absurd, dass ein Spitzenkandidat einer Partei, die es so knapp in den Landtag geschafft hat, davon träumt, Ministerpräsident zu werden. Doch so war es dann im dritten Wahlgang. Thomas Kemmerich wurde mit den Stimmen der eigenen Partei, der CDU und der „Alternative für Deutschland“ zum neuen Ministerpräsident von Thüringen ernannt.

Die Empörung über die Tatsache, dass Kemmerich die Wahl trotz der Unterstützung der AfD annahm, brach sofort auf diversen Ebenen Bahnen. Die unterschiedlichsten Vertreter der herrschenden Klasse zerfleischen sich selber. Im Landtag gab es Zwischenrufe und ein Blumenstrauß landete voller Verachtung anstatt in den Händen Kemmerichs vor seinen Füßen. Zuerst meldeten sich verschiedene Bundestagspolitiker zu Wort und verurteilten die Machtspielchen der Thüringer FDP und die Annahme der AfD-Stimmen. Spitzenpolitiker von fast allen Parteien bis hin zur Bundeskanzlerin schlossen sich der Kritik in unterschiedlichem Ausmaß an. Selbst

CSU-Chef Markus Söder kritisierte Kemmerich für seine Zusammenarbeit mit der AfD. Doch was interessieren uns die lächerlichen Lippenbekenntnisse der verschiedenen Politiker. Sie verurteilen einen der Ihrigen, weil er tut, was sie alle tun oder tun wollen – stabile Verhältnisse für die Erhaltung der Ausbeutung der von ihnen regierten Menschen. Natürlich tun sie das auf unterschiedliche Arten und Weisen. Die Einen versuchen, soziale Konflikte und die Bereitschaft zum Klassenkampf durch befriedende Maßnahmen heraus zu zögern, und die Anderen wollen die Klassenwidersprüche in der Gesellschaft durch die Verbreitung imperialistisch-chauvinistischer Vorurteile überschatten.

Viel interessanter waren die Reaktionen in der Thüringer Bevölkerung, egal wo man war oder hinschaut, auf Arbeit, an der Supermarktkasse oder den sogenannten sozialen Medien gab es kaum noch ein anderes Thema, letztendlich wurden Demonstrationen organisiert. Zunächst vor dem Landtag; später gingen in ganz Thüringen Menschen auf die Straße – 1000 in Erfurt, 2000 in Jena, weitere angemeldete Demonstrationen gab es in Ilmenau, Arnstadt, Altenburg und Gera. In Weimar soll es nach der offiziellen Kundgebung zu einer kurzen unangemeldeten Demonstration mit Sprechchören und Pyrotechnik gekommen sein, im Saale-Holz-Landkreis hat es das Auto eines AfD-Politikers erwischt, in Jena zwei Autos der Burschenschaft Germania und einige Mülltonnen. Abgesehen von dem Echo auf Thüringens Straßen gab es auch Demonstrationen in verschiedenen Städten außerhalb Thüringens – so zum Beispiel Berlin, Hamburg, Köln, Bremen, Landau, Lüneburg, Leipzig und einigen weiteren. Im Laufe der Woche gingen die Proteste weiter. Auf den am meisten beobachteten Veranstaltungen war ein ziemlich gemischtes Publikum; viele junge Leute, vor allem Studenten und Schüler, aber auch ältere Menschen aus Bürgerbündnissen, Parteien und dem zivilgesellschaftlichen Leben, und ein paar Antifaschisten. Dementsprechend war ein Großteil der Forderungen, die dort vertreten wurden, sehr bürgerlich, und der pure Demokratieidealismus schien aus den

Transparenten zu tropfen. Vielen ging es darum, dass der Wählerwillen umgesetzt werden soll und darum, ein Zeichen gegen die Zusammenarbeit bürgerlicher Parteien mit der AfD zu setzen. Besonders häufig wurde ein geschichtlicher Bezug zu den Ereignissen der ersten Regierungsbeteiligung der NSDAP im Land Thüringen 1930 gezogen. Ebendieser Vergleich sorgte auch für die Beteiligung von Antifaschisten unterschiedlichster Art an den Protesten.

Am nächsten Morgen bestätigte Kemmerich in einem ZDF-Interview, dass er weiter im Amt des Ministerpräsidenten bleiben will. Erst als Christian Lindner persönlich nach Erfurt fährt und mit seinem Rücktritt als Parteichef der FDP droht, lenkt Kemmerich ein. Er tritt vor die Presse und erklärt, dass er vorhabe, einen Antrag auf Auflösung des Landtages zu stellen, und dass die Vertrauensfrage gestellt wird, sollte dies scheitern. Inzwischen hat er seinen Rücktritt amtlich gemacht. Trotzdem bleibt es spannend. Für die Auflösung des Parlaments und somit direkte Neuwahlen des Landtags müssen, wenn die ehemalige Regierungskoalition geschlossen dafür stimmt, entweder die AfD oder die CDU ebenfalls zustimmen. Die AfD hat dies bereits für unwahrscheinlich erklärt. Die CDU zögert noch mit ihrer Reaktion. Inzwischen wurde erst einmal dafür gesorgt, dass Mike Mohring bei nächster Gelegenheit nicht als Landtagsfraktionschef bestätigt wird. Ob die Grünen als Teil der alten Regierung der Auflösung zustimmen, machen sie von Kemmerich abhängig. Wie sich diese politische Zwickmühle weiterentwickelt, bleibt auf jeden Fall zu beobachten.

Unabhängig davon, ob es zu Neuwahlen kommt oder nicht, sind einige Sachen in diesem „Drama“ – wie es in der bürgerlichen Presse oft dargestellt wird – deutlich geworden. Erst einmal ist deutlich zu sehen, dass sich der Parlamentarismus – die Regierungsform der Bourgeoisie – in einer heftigen Krise befindet, die sich weiter verschärft. Nicht nur die immer weiter sinkenden Wählerzahlen werden hier zu einem Legitimationsproblem der Herrschenden. Jetzt spielen sogar einige Vertreter des Parlamentarismus nicht mehr richtig mit, denn

der eigentliche Zweck ist es ja, dass die Beteiligung des Volkes mit der wörtlichen und umgangssprachlichen Abgabe der Stimme an der Wahlurne endet. Die Politik der Herrschenden soll in ruhigen Bahnen vor sich gehen, es soll möglichst wenig öffentliche Diskussion nach den Wahlen geben; das soll für Stabilität sorgen. Doch durch das ganze Theater ist die Politik der Herrschenden auf einmal in aller Munde. Das wird zwar jetzt von einigen bürgerlichen Parteien (vor allem der SPD) ausgenutzt, um auf Stimmenfang zu gehen, aber laut Meinung der Herrschenden sollte es eigentlich nicht so sein.

Das Zweite, was deutlich wird, ist, dass die sogenannten Populisten, wie z.B. die AfD, nicht dazu dienen, den Parlamentarismus abzuschaffen, sondern ihn zu stärken. Die angeblichen Faschisten der AfD lassen sich ins Parlament wählen; tragen ihren Teil dazu bei, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, und wenn sie dann im Parlament sitzen, machen sie was? Sie nehmen daran teil. Sie werden Teil des Parlamentarismus, vielleicht schlagen sie etwas Alarm und stiften ein bisschen Chaos, immerhin sind sie ja auch „Anti-System-Partei“ oder „Protestpartei“ gewählt worden – das verpflichtet. Aber was sie an keiner Stelle machen, ist, den Faschismus einzuführen. Jeder Vergleich zwischen AfD und der faschistischen NSDAP geht darum auch völlig an der Realität vorbei.

Bestimmt gibt es unter jenen, die gegen das parlamentarische Theater in Thüringen protestiert haben, aufrichtige Antifaschisten. Dennoch ist an dieser Stelle Vorsicht geboten, denn angeblicher Kampf gegen die Faschisten (der in diesem Fall keiner ist, sondern nur Kampf gegen eine etwas offener reaktionäre parlamentarische Partei) kann leicht instrumentalisiert werden zu einem Kampf für die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, das bedeutet für die Verteidigung der Diktatur der Bourgeoisie in einer ihrer Regierungsformen. Die einzige Lösung für die Revolutionäre in diesem Land, um dem parlamentarischen Theater etwas entgegenzusetzen, ist die Durchführung und Steigerung des Wahlboykotts. •

MARIA B. IN IHRER WOHNUNG VON BULLEN UMGEBRACHT

In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar haben Bullen bei einem Einsatz eine 33-jährige Antifaschistin in ihrer eigenen Wohnung in vermeintlicher „Notwehr“ erschossen. Maria B. litt unter psychischen Problemen, stellte laut Bekannten jedoch keine Gefahr für sich selbst oder andere da. Nachdem sie im Zuge eines Streits ihren Mitbewohner mit einem Messer bedroht hatte, rief dieser die Polizei, und sie zog sich in ihr Zimmer zurück. Anstatt nun also einen Psychologen anzufordern, oder Maria durch die Tür zu beruhigen, brachen die Bullen die Tür auf und erschossen sie, sobald sie sich ihnen näherte.

Die bürgerlichen Medien, die Bullen und ihre Vorgesetzten verteidigen diese Tötung, die einige Artikel aus der linken Szene nicht ohne Grund „Exekution“ nennen. So wünscht die Polizei Berlin zum Beispiel auf Twitter bei der Veröffentlichung einer Presseerklärung dem „Kollegen Halt und Stärke“. In den Berichten danach sprachen sie dann von einer „unübersichtlichen Situation“, wegen der der Bulle in Notwehr hätte schießen müssen. An anderer Stelle wird gemeldet: *„Der Polizist habe die Frau noch darauf aufmerksam gemacht, dass er seine Dienstwaffe einsetzen müsse. Darauf soll das spätere Opfer nicht reagiert haben und in der Folge erschossen worden sein.“* Die Bullen widersprechen sich also selbst.

In den besten Fällen, also denen, in denen sie nicht als „Messerfrau“ verschrien wird, sehen die bürgerlichen Medien den Tod als „zu verhindern“; ihre Methode der Wahl dazu wäre „weniger tödliche“ Gewalt zu nutzen. Daraus schließen sie, dass eine Aufrüstung der Bullen mit Tasern notwendig sei. Taser sind Elektroschocker, die vor allem auch dazu geeignet sind, Gruppen einzuschüchtern, indem Einzelne angegriffen werden und brutale Muskelzuckungen und Kontrollverlust erleiden. Sie sind im Übrigen alles andere als „nicht-tödlich“; so sind in den USA, wo Taser schon länger verbreitet sind, bereits über 1000 Menschen gestorben, nachdem sie mit Tasern angegriffen wurden. Außerdem ist es theoretisch bereits Teil der Polizeiausbildung, in „Notwehrsituationen“ nicht-tödliche Schüsse zu verwenden. Das heißt nicht, in die Brust zu schießen, wie bei Maria; außerdem es wäre möglich gewesen, sich in den Flur zurückzuziehen. Außerdem ist wie gesagt offensichtlich, dass die Lage durch das

gewaltsame Eindringen der Bullen in ihr Zimmer eskaliert wurde. Für die Motivation darüber bleiben nur Spekulationen; die Annahme, dass das mit Faktoren wie der schwarz-roten Fahne in ihrem Flur zu tun gehabt haben könnte, liegt jedoch nahe, ebenso wie, dass sie der Polizei bereits bekannt war – somit vermutlich auch ihre politische Haltung.

Nach ihrer Tötung solidarisierten sich Umfeld, Bekannte, Nachbarn und große Teile der linken Bewegung. Plakate und Zettel wurden aufgehangen, die Bullen in Graffiti und Artikeln denunziert, eine Spontandemonstration mit etwa 100 Teilnehmern organisiert und die Demonstration gegen den Europäischen Polizeikongress Anfang Februar nach Friedrichshain verlegt. Das gefiel der Polizei ganz und gar nicht. So setzten sie über 800 Bullen plus Hunde gegen die Demonstration ein, filmten sie genau ab, versuchten jedes Gesicht auf der Demonstration genau zu dokumentieren, bedrängten die Demonstration, schlugen und schubsten Demonstranten, zerrissen Transparente und sorgten für einige Festnahmen. Als im Anschluss dazu einige ihren Frust darüber in Form von Steinwürfen in der Rigaer Straße kundtaten, wurde dies von den bürgerlichen Medien erneut skandalisiert. Die Parole „Menschen sterben und ihr schweigt – Steine fliegen und ihr schreit!“ am Beispiel in der Praxis bestätigt. Maria B. reiht sich so ein in eine lange Liste von Toten, die unter „zweifelhaften Umständen“ von der Polizei getötet wurden. Sei es Oury Jalloh, der in Dessau zunächst misshandelt und dann bei lebendigem Leibe verbrannt wurde, Adel B., der wie in der Augustausgabe berichtet in Essen ebenfalls in



Gedenken an Maria B. vor ihrem Wohnort
- von Bullen ermordet

vermeintlicher „Notwehr“ in seinem Haus durch eine Tür hindurch ermordet wurde, oder andere Opfer von Polizeigewalt. In all diesen Fällen vertuschen die anderen Bullen die Tatsachen und halten die angebliche Unschuld ihrer Kollegen hoch, es geht also nicht um die angeblichen „schlechten Einzelfälle“. Denn wie eine der Parolen der Demonstration am 31. richtig sagte: „Überall Polizei – Nirgendwo Gerechtigkeit“. Der Zweck der Bullen war, ist und wird nie sein, uns ein „Freund und Helfer“ zu sein. Sie sind dafür da, dieses Ausbeutersystem zu erhalten, und dafür sind sie bereit, über Leichen zu gehen – das tun sie jetzt schon massenhaft.

AfD und andere Parteien dürfen gedenken – Antifaschisten nicht

Ein weiteres Beispiel dafür, wie es um den „Kampf gegen Faschismus und für die Verteidigung der Bürgerrechte“ bei den Bullen tatsächlich steht, haben sie am 25. Januar in Marzahn geliefert. Hier fand aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee am 27.01.1945 eine Kranzniederlegung, und eine Gedenkveranstaltung bei dem Gedenkstein auf dem Parkfriedhof statt. Diese beiden Veranstaltungen hätten jedoch kaum unterschiedlicher sein können. Während die Gedenkveranstaltung, angemeldet vom VVN, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, aus Antifaschisten, Überlebenden und Hinterbliebenen bestand, war die Kranzniederlegung eine Alibiveranstaltung der bürgerlichen Parteien, allen voran der AfD, deren Teilnahme und führende

Rollen nach Kommentaren über den „Schandfleck der Geschichte“ nur zynischer wird. Als die Teilnehmer der VVN-Veranstaltung den Friedhof betreten wollten, verboten ihnen die Bullen das, um die „Sicherheit zu wahren“. Mit einiger Verzögerung wurde dann der Zutritt zum Friedhof widerwillig gewährt, die Bullen hingegen sprechen in ihrer Pressemitteilung davon, dass „Teilnehmende [sich] Zugang zum Friedhofsgelände [verschafften] und das Denkmal [umstellten]“. Als der Zugang schließlich gewährt wurde, wurde mehrfach betont, die Pietät sei zu wahren, so, als sei es ein realistisches Szenario, dass die Antifaschisten auf dem Friedhof randalieren wollten. Wie es mit der Pietät hingegen bei den Bullen steht, zeigten sie, als sie die Antifaschisten vor der Gedenkstelle erneut aufhielten, unter anderem mit laut bellenden Polizeihunden, die an den Gräbern standen. Als einige der Hinterbliebenen und Antifaschisten sich das nicht bieten lassen wollten und weiter in Richtung der Gedenkstelle gingen, wurden sie zurückgeschubst und -geschlagen.

Im Nachhinein wurde dies wie immer versucht, zu verschleiern. Sie tun so, als seien sie nur unabhängige Ritter der Meinungsfreiheit und des Versammlungsrechtes, angegriffen von den bösen linken Randalieren. Damit stehen sie Seite an Seite mit den konstruierten Lügen der Bullen über „Linksradikale, die auf Gräbern herumtrampeln“ und Ähnlichem. Dazu passend sind dann auch die darauffolgenden Tweets und Mitteilungen am Montag mit geheuchelten wie leeren Slogans, wie „Nie wieder“.



Gedenken an die Befreiung von Auschwitz in Marzahn
- von Bullen umzingelt

In diesem Land dürfen also bürgerliche Parteien inklusive Repräsentanten der faschistischen Tendenz dieses Staates ungestört ihr Alibigedenken abhalten und müssen sich nicht vom „gemeinen Pöbel“ dabei stören lassen. Denn wir hingegen, die Massen, die Antifaschisten, die Hinterbliebenen, die Kommunisten und weitere, sind generalschuldig und allein für das Niederlegen von Blumen und das Gedenken Schikanen und Gewalt ausgesetzt. So viel zur vermeintlichen „Bewältigung der Nazivergangenheit“ dieses Landes – einen konsequenten Antifaschismus hat es seitens der BRD nie gegeben und das wird es auch nie. •

POR TU BANDERA IZADA - NEUES REVOLUTIONÄRES GEDICHT AUS CHILE

Seit mittlerweile mehr als vier Monaten dauern die verstärkten Kämpfe der unterdrückten Völker Lateinamerikas gegen die Imperialisten und ihre Lakaien an und ein Ende ist nicht absehbar. Diese Entwicklungen bringen gleichsam neue kulturelle Schaffungen hervor, die dem Geist der Massen entsprechen, die tagtäglich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung auf die Straße gehen. An dieser Stelle publizieren wir ein Gedicht aus der chilenischen Zeitung „El Pueblo“ (Ausgabe 87) welches die Lage und Gesinnung des chilenischen Volkes in der aktuellen Situation veranschaulicht, und dessen Übersetzung, die uns zugeschickt wurde. Zum besseren Verständnis der deutschsprachigen Leser haben wir einige Anmerkungen hinzugefügt.

Für deine gehisste Fahne (An das chilenische Volk)

Der Schmerz, den ich fühle
ist der Schmerz, der mein Volk quält
das Gefühl in meinem Leben vorhanden
ist von der Seele meiner Leute gefüllt

Ich kann mich nicht zufrieden geben,
während so viel Unzufriedenheit in den Straßen,
auf den Feldern, in den Vierteln
und in den Elendsvierteln existiert

Jedoch wenn ich dich auf der Straßen sehe, mein Volk,
ungehorsam zu der Ausgangssperre, von dem Gesang
und der aufsässigen Gitarre beseelt

Wie soll man so viel Emotion unterdrücken?

Wie soll man nicht an deine Kraft glauben,
wenn du den Ungerechten, bis an die Zähne Bewaffneten kühn
herausforderst,
nur mit der Gewissheit der Wahrheit in deinen Händen?

Ein langer Gesang hat Besitz ergriffen
von meinen Gedanken, von meinen Lippen
und ich tanzte, wie Mercedes in Viña tanzte
als der Diktator noch im Sterben lag

„weil alles sich ändern kann,
aber ich werde die Liebe für
meine Leute nicht ändern“ *

Ja, du hast der ganzen Welt gezeigt,
dass die Freiheit immer ein Traum,
untrennbar von ihrer Eroberung in den Straßen sein wird

In den Straßen, Gassen und auf den Plätzen sagtest du:
Wir sind die erbenden Kinder des Bodens der Brüder,
Träger einer Fahne, die immer gehisst sein wird;
eine Wahrheit, die nicht zurückgehalten werden kann

Wenn alle Waffen fehlen
unsere erste und letzte Waffe gegen den Unterdrücker,

unser einziger Schrei, kraftvoll und unbestreitbar, wird sein

Freiheit!

Wie unser Lehrer sagte
in langem und schmalem Gebiet im Exil,
wo das Volk jetzt bewaffneten Bataillonen widersteht,
noch nostalgisch von dem Duft seines Heimatdorfs, sagte:

An das Volk zu glauben ist Grundvoraussetzung
in jedem Traum von Freiheit!

Ich zweifelte nie, ich werde nie zweifeln
an der Wahl, die ich getroffen habe als ich noch bartlos war.
Ich zweifel nicht, ich zweifelte nie, ich werde nie zweifeln
an der Kraft meines Volkes wenn es sich in Marsch setzt

Ich werde an der Seite meiner Leute sein, werde immer da sein
im Schmerz, in der Freude, im Kampf um das Leben,
bei der Feier des eroberten Bodens, endlich befreit
von jeder Art der Unterdrückung

Ich werde da sein, beim Anbau, bei der Auswahl des Samens,
bei der Liebe zum Boden, beim riesigen Lachen,
wenn der Reis mit seinem goldfarbenen Locken
die neue Zeit des Überflusses verkündet

Wenn das Stück Brot begraben wurde
majestätisch aus dem Erdnusshaus
schlafend in der Erde, mit toter Erscheinung,
erwachte, für die Zeit mein Volk zu ernähren

Zeit der kollektiven Arbeit bei der Aussaat und Ernte,
damit die Zeit des angemessener Überflusses an Essen wird

Die größte Gefahr, die die Feinde fürchten
ist, dass das genährte Volk träumt
und immer die Träume der anderen Völker nährt

Nein, meine Leute werden nicht zurückgehen
die Straße ist ihr Schicksal und ihre Berufung.

Welche Bedeutung haben dann die Waffen, die Kugeln und die
Drohnen?

Was sind Panzer, wenn das vereinte Volk
für seine Freiheit marschiert, ohne Furcht
führend, dass die Dunkelheit aufhören wird und die Sonne
sofort auf die Welt kommen wird

Was sind die Waffen
wenn die mächtigste Waffe, die eine Nation hat
ihr Volk ist, wenn es nicht akzeptiert, sich zurück zu ziehen,
stumm zu bleiben
und die Kanonen, die auf es gerichtet sind,
verwandelt in Helfer der Mörder, konfrontiert?

Dass mein Schrei gut gehört werde,
laut und klar:

Zittert ihr Kasernen, ihr Paläste,
ihr verdammten Zeitungen der Propaganda des Diktators! **

Seien die Gesetze noch mal gemacht, alle Gesetze
Denn der Herrscher ist da, ja, in den Straßen,
die Straße ist und wird immer die des Herrschers sein:

Des Volks!

Sei allen Gesetzen nicht gehorcht,
die das Gegenteil behaupten

Verdammt seien sie für immer!

Verbreite dann diese Botschaft
an die neuen Ohren, an die müden Ohren:

Unser Leid wird enden, der Tag der Feier wird kommen!

Bereiten wir bis dahin das Lachen vor,
wir werden den Rest zusammen gehen!
Obwohl wenig, das Essen wird genügend sein, weil geteilt,
unsere Freude immens sein wird, denn sie gehört uns allen.

Bereiten wir den Tanz vor, die Stimme und den Gesang.

Wir werden alle Hände brauchen
es ist Zeit wieder aufzubauen was der Diktator zerstört hat.
Es ist Zeit für alle, zu verteilen,
was die Verdammten für sich alleine wollten

die Nation in ein Lager des Hungers und der Verwüstung
verwandelnd!

Dieser neue Tag wird kommen,
sogar das Weinen wird erlaubt sein.

aber es wird nicht mehr aus Schmerz, noch aus Verzweiflung
sein

Es ist das willkommene Weinen der Emotion,
wenn man die am höchsten gehisste Fahne sieht,
die die Befreiung eines Volkes verkündet.

Die Fahne, die anderen Völkern eine Benachrichtigung
schicken wird,
dass die Freiheit möglich ist,
eine Brücke die nur überquert werden kann
mit einem vereinigten und in seiner Aufgabe entschlossenen
Volk

Zweifelt nicht, Zweifelt nie
der Tag wird kommen, er ist schon schwanger
es wird wie jede Geburt sein, mit Schmerz und Blut
aber wenn dieser Augenblick vorbei ist,

wird es nur lachen und feiern sein!

Jorge Moreno,
internationalistischer Dichter und Enthusiast
des Kampfes des chilenischen Volkes
26.10.19

* Diese Strophe und die vorige sind eine Anspielung auf die in Chile populäre Sängerin Mercedes Sosa (gelebt von 1915 bis 2009). In einem ihrer bekanntesten Lieder „Cambia todo Cambia“ singt sie von ihrer nicht enden wollenden Liebe zu ihrem Volk. 1993, also wenige Jahre nach dem Ende des Regimes von Pinochet (siehe Anmerkung 2), spielte sie in Viña ein großes Konzert, bei dem sie auch „Cambia todo Cambia“ spielte und dazu auf der Bühne tanzte (ein Video davon ist zu finden unter https://www.youtube.com/watch?v=ly7qPTh_K-c). Die Anspielung hier gilt diesem Konzert.

** Der Diktator, von dem im Gedicht öfter die Rede ist, war Augusto Pinochet (gelebt von 1915 bis 2006), der am 11. September 1973 einen Militärputsch gegen die offiziell gewählte sozialdemokratische Regierung von Salvador Allende durchführte. Nach dem vom Yankee-Imperialismus unterstützten Putsch errichtete Pinochet ein extrem reaktionäres Regime, das bis 1990 dauerte. Dieses Regime führte massive Angriffe auf die Lebenshaltung und die Rechte des Volkes durch und unterdrückte jeden Widerstand brutal. Die vom Volk verhasste chilenische Verfassung, die vom Pinochet-Regime erlassen wurde, ist noch heute gültig, was immer wieder den Zorn der Massen anstachelt. Nachdem die letzten Proteste Ende 2019 angingen, erklärte die Regierung, dass sie jetzt einen Prozess zur Änderung der Verfassung auf den Weg bringen wolle. Dieser Prozess hat sich bereits jetzt als eine Farce herausgestellt. •

Por tu bandera izada (Al pueblo chileno)

El dolor que siento
es el dolor que aflige a mi pueblo
el sentimiento presente en mi vida
esta lleno del alma de mi gente

No tengo como contentarme
mientras exista tanta infelicidad
en las calles, en los campos, en los barrios y barriadas

Mas al verte mi pueblo en las calles
desobediente al toque de queda
animado por el canto y por la guitarra insumisa

¿Cómo contener tanta emoción?

¿Cómo no creer en tu fuerza
al desafiar atrevido el injusto armado hasta los dientes
apenas con la certeza de la verdad en tus manos?

Un largo canto tomó posesión
de mi mente, de mis labios
Y bailé como bailó Mercedes en Viña
cuando el dictador todavía moribundo

"porque todo puede cambiar
pero nunca cambiará
el amor por mi gente"

Sí, mostraste para todo el mundo
que la libertad siempre será un sueño
inseparable de su conquista en las calles

En las calles, callejones y plazas tu dijiste:
somos los hijos herederos de la tierra de hermanos
portadores de una bandera que siempre será izada
una verdad que no puede ser contenida

Cuando falten todas las armas
nuestra primera y última arma contra el opresor
nuestro grito único, fuerte e indiscutible será

¡Libertad!

Como dijo nuestro pedagogo
exiliado en territorio largo y estrecho
donde ahora el pueblo resiste a los batallones armados
aun nostálgico del aroma de su pueblo natal:

¡creer en el pueblo es condición previa
a cualquier sueño de libertad!

Nunca dudé, nunca dudaré
de la opción que tomé cuando era aún barbilampiño.
No dudo, nunca dudé, nunca dudaré
de la fuerza de mi pueblo cuando se pone en marcha

Al lado de mi gente estaré, estaré siempre
en el dolor, en la alegría, en la batalla por la vida
en la fiesta de la tierra conquistada, al fin liberada
de toda forma de opresión

Estaré en el cultivo, en la elección de la semilla,
en el amor a la tierra, en la risa gigante
cuando el arroz con sus rizos color de oro
anuncia el tiempo nuevo de la abundancia

Cuando aquel pedazo de pan enterrado
majestuosamente de la casa de maní
dormido en la tierra, con apariencia de muerto,
despierta para la hora de alimentar mi pueblo.

Tiempo de trabajo colectivo en la siembra y en la cosecha
para que sea el tiempo de honesta abundancia en la comida

El mayor peligro que los enemigos temen
es que el pueblo alimentado sueña
y siempre alimenta el sueño de otros pueblos

No, mi gente no retrocederá
la calle es suya por destino y designación.

¿Qué importan entonces las armas, las balas y los drones?

¿Qué son tanques de guerra cuando el pueblo unido
marcha por su libertad, sin miedo
siente que la oscuridad cesará y el sol nacerá en seguida?

¿Qué son las armas
cuando el arma más poderosa que una nación posee
es su pueblo cuando no acepta retirarse, quedarse en silencio
y enfrenta los cañones apuntados contra él,
transformados en auxiliares de asesinos?

Que mi grito sea así bien oído
en alto y buen sonido:

¡Tiemblen los cuarteles, los palacios,
los periódicos malditos de propaganda del dictador!

Rehechas sean las leyes, todas las leyes
Pues el soberano está, sí, en las calles
la calle es y siempre será del soberano:

¡el pueblo!

Desobedecidas sean todas las leyes
que dispongan lo contrario

¡Malditas sean para siempre!

Propague, pues, esa noticia
a los oídos nuevos, a los oídos cansados:

¡Nuestro dolor pasará, llegará el día de la fiesta!

Preparemos entonces la risa,
vamos juntos lo que resta!

Aunque poca, la comida será harta, porque compartida
nuestra alegría será inmensa, pues es de todos

Preparemos el baile, la voz y el canto.

Necesitaremos de todas las manos
es hora de reconstruir lo que el dictador destruyó.

Es hora de distribuir para todos
lo que los malditos quisieron solo para sí

¡transformando la nación en campo de hambre y desolación!

Ese nuevo día que llegará,
hasta el llanto será permitido

pero no será más de dolor, ni de desespero

Es el llanto bienvenido de la emoción
al ver la bandera izada al tope
anunciando que un pueblo se ha liberado.

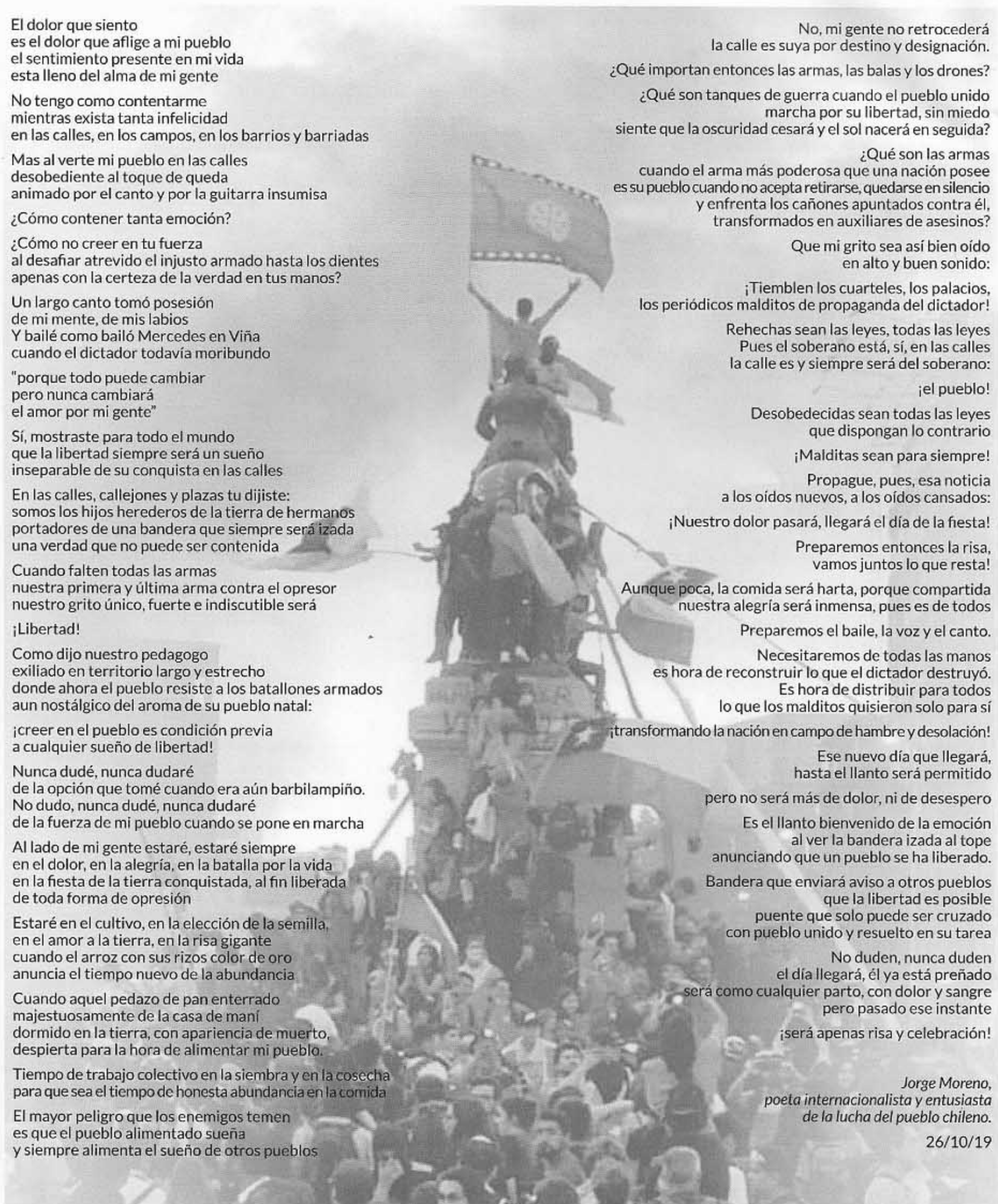
Bandera que enviará aviso a otros pueblos
que la libertad es posible
puente que solo puede ser cruzado
con pueblo unido y resuelto en su tarea

No duden, nunca duden
el día llegará, él ya está preñado
será como cualquier parto, con dolor y sangre
pero pasado ese instante

¡será apenas risa y celebración!

Jorge Moreno,
poeta internacionalista y entusiasta
de la lucha del pueblo chileno.

26/10/19



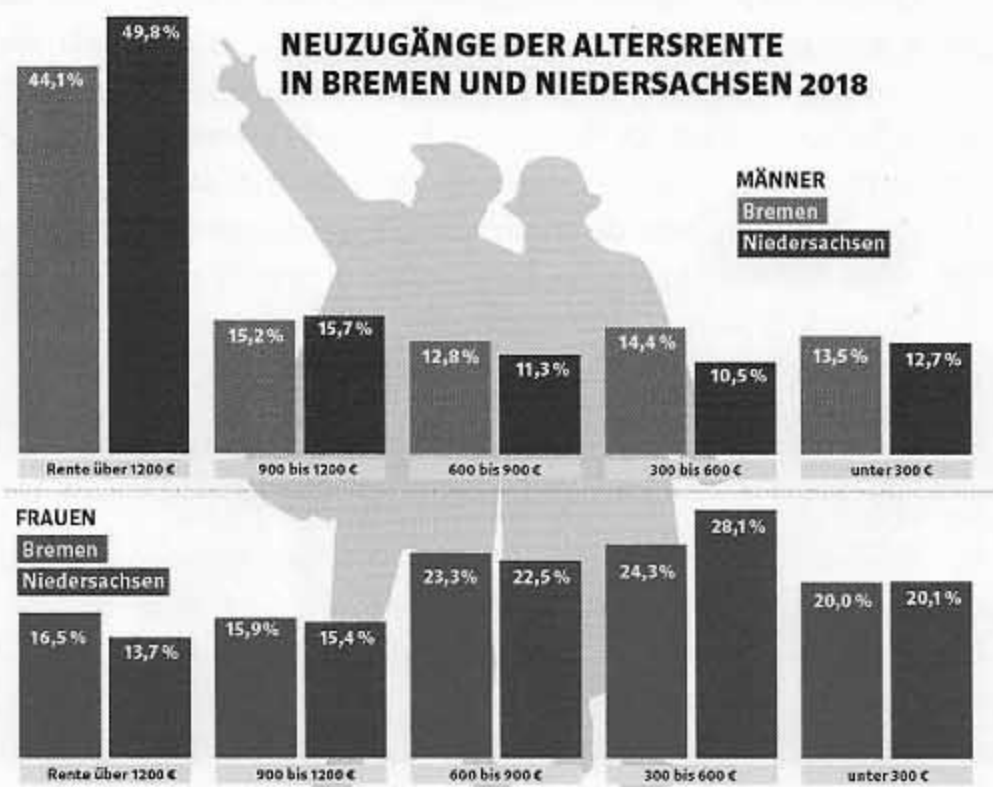
SYSTEMATISCH IN DIE ALTERSARMUT GETRIEBEN

Dieses Jahr veröffentlichte der DGB Bremen einen neuen Rentenreport für Bremen und Niedersachsen. Das Ergebnis, nämlich dass immer weniger Menschen von ihrer Rente leben können, bestätigt nur das, was wir jeden Tag sehen: Alte Menschen, die in Mülleimern nach Pfandflaschen fischen und auch im Internet nach jedem Job suchen, damit sie sich etwas zu ihrer mickrigen Rente dazu verdienen können. Viele von ihnen sind Frauen, die damals wahrscheinlich nicht oder wenig gearbeitet haben, weil sie nicht konnten, weil der Mann genügend verdient hat und die patriarchalen Verhältnisse dazu geführt haben, dass sie zuhause auf die Kinder aufpassten. Oder sie haben die schlecht bezahlten Jobs angenommen, die uns Frauen immer angeboten werden.

Diese Annahmen spiegeln sich zumindest auch so in den Rentenunterschieden zwischen Männern und Frauen wieder (alle Zahlen beziehen sich auf 2018): Es bekamen etwa 154.000 Menschen Rente in Bremen, was 22% der Bevölkerung sind. Die sogenannte „Armutsgefährdungsschwelle“ liegt momentan in der BRD bei 1035 Euro abwärts. Etwa 47% der Rentner und 75% der Rentnerinnen lagen darunter. Was offensichtlich ist, ist, dass es einen signifikanten Unterschied zwischen Frauen und Männern gibt. Das ganze wird noch krasser, wenn man guckt, welche Durchschnittsrenten es gibt: Männer bekommen 1.176 Euro und Frauen 694 Euro. Und dem Ganzen wird noch der Hut aufgesetzt, wenn wir gucken, was 20% der Neurentnerinnen bekommen: Unter 300 Euro. Mit weniger als 300 Euro kann man gerade so Essen und notwendige weitere Lebensmittel kaufen, vielleicht einmal in der Woche mit der Straßenbahn oder dem Bus fahren. Miete, Nebenkosten, geschweige denn ein Kaffee unterwegs ist da nicht drin. Was bleibt den Frauen dann? Entweder weiter schuften, bis es körperlich nicht mehr geht, oder darauf spekulieren, dass die Rente vom Mann für beide reicht. Oder nach einem Leben voller Arbeit aufstocken und Grundsicherung erhalten.

Den Ruhestand genießen und finanziell abgesichert zu sein, bleibt für die meisten älteren Frauen nur ein Traum. Ein Zustand,

den auch viele Frauen aus den berufstätigen Jahren kennen. Eine finanzielle Unabhängigkeit der Frauen unserer Klasse, ohne sich wirklich Sorgen um das Geld zu machen, existierte nie. Dadurch, dass Frauen auch im Durchschnitt immer noch weniger verdienen als Männer, ist klar, wer in der Familie das Geld nach Hause bringt. Damit ist die Frau innerhalb der Kleinfamilie vom Mann ökonomisch abhängig, was dann auch in der Rente so weitergeht. Und wenn es keinen Mann mehr gibt, der die Frau versorgt, dann übernimmt der bürgerliche Staat diese Aufgabe und übernimmt die Grundsicherung, die auch nur ein schlechter Witz ist. „Vater Staat“ Deutschland benimmt sich wie der Lehnsherr im Mittelalter. Damals standen Frauen unter der „Munt“, also dem Schutz ihres Lehnsherrn, obwohl sie gesetzlich das Eigentum ihres Mannes waren. Von „Munt“ leitet sich übrigens auch „Vormundschaft“ ab. Und da sagt mal einer, der Kapitalismus hätte uns die Emanzipation der Frau beschert. Nein, im Gegenteil. Unsere propagierte angebliche „Unabhängigkeit“ ist eine Farce. Es ist kein Hexenwerk, zu erkennen, dass niedrige Löhne zu niedrigen Renten, also zu Armut im Alter werden. Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich, wie der bürgerliche Staat versucht, uns Frauen die Selbstständigkeit ab dem ersten Moment zu nehmen. Deswegen ist die Emanzipation der Frau für uns nicht nur etwas, das uns in der Jugend beschäftigen muss, sondern bedeutet, dass wir auch im Alter noch unseren Beitrag leisten müssen, Imperialismus und Patriarchat zu bekämpfen. •



EIN PLATZ AN DER SONNE? – DEUTSCHER IMPERIALISMUS IN AFRIKA

Die BRD strebt schon seit Jahren danach, eine imperialistische Supermacht zu werden. Das ist kein Geheimnis mehr. In der vorletzten Ausgabe haben wir uns jüngst mit diesem Thema auseinandergesetzt. Damals ging es um all die neuen Forderungen und Pläne, die auf den Weg gebracht wurden, um den deutschen Imperialismus anzukurbeln. Welches Thema wir in dem Artikel auch schon angeschnitten hatten, war die Aggression des deutschen Imperialismus in Afrika. Und genau mit diesem Thema wollen wir uns nun etwas eingehender befassen, denn seitdem ist auch schon wieder einiges passiert. Insgesamt sind über 3700 deutsche Soldaten mit imperialistischer Mission in unterdrückten Nationen stationiert. Und das in 14 – mit dem neugeplanten Einsatz im Südchinesischen Meer bald 15 – Ländern und Regionen dieser Welt. Der größte Teil der Truppen befindet sich in Ländern und Regionen auf dem Afrikanischen Kontinent: Im Sudan und Südsudan, in der Westsahara, in Somalia, im Mittelmeer vor der Küste Nordafrikas, am Horn von Afrika und in Mali. Alles Länder, in dessen innere Angelegenheiten sich die BRD einmischt. Doch das sind noch lange nicht alle Länder in Afrika, in denen der deutsche Imperialismus seine Finger nicht im Spiel hat. Denn die genannten sind nur die, wo die offiziellen Bundeswehr Einsätze laufen. Im Niger zum Beispiel sind schon seit Jahren deutsche Elitesoldaten stationiert und das ohne Beschluss des Parlamentes. Und auch Länder, in denen die BRD keine Truppen stationiert hat, werden durch den deutschen Imperialismus ausgebeutet. Aber damit nicht genug.

Mitte Januar wurde in Berlin die Libyen-Konferenz abgehalten, auf der die verschiedenen Imperialisten darüber berieten, was denn nun in Libyen passieren soll. Das nordafrikanische Libyen steht gerade im Fokus verschiedener Imperialisten. Denn in dem gespaltenen Land herrscht ein Bürgerkrieg, der in der Hauptsache von zwei Fronten geführt wird. Auf der einen Seite steht der Premierminister Fajes al-Sarradsch, der nur noch wenige Teile des Landes kontrolliert, aber immerhin noch die Hauptstadt Tripolis hat. Auf der anderen Seite steht General Chalifa Haftar, der mittlerweile die größten Gebiete des Landes kontrolliert und durch einige Milizen unterstützt wird. Und natürlich werden beide

Seiten international gesehen auch von verschiedenen imperialistischen Nationen unterstützt. So wird General Haftar vom russischen Imperialismus hauptsächlich mit Waffen versorgt, während al-Sarradsch mit Frankreich, aber auch Deutschland liebäugelt. So gibt es Stimmen, die den Krieg in Libyen als Stellvertreterkrieg bezeichnen. Wie schon gesagt, fand im Januar die Libyen-Konferenz in Berlin statt. Angebliches Ziel sollte es sein, Frieden zu schaffen und die Lage zu entspannen. Alle Großen und Wichtigen waren eingeladen. Außer einer: Libyen. Sarradsch und Haftar waren zwar am Wochenende der Konferenz in Berlin, um mit Angela Merkel zu sprechen, wurden von der Konferenz jedoch ausgeschlossen. Die Konferenz selbst hat nicht besonders große Früchte getragen. Man konnte sich zwar auf Waffenruhen einigen, die allerdings bis jetzt immer wieder gebrochen wurden. Aber an der Konferenz und dem Engagement, das die BRD in dieser Frage an den Tag legt, kann man die Ambitionen Deutschlands in Libyen erkennen. Besonders Außenminister Heiko Maas von der SPD wird im Moment vorgeschickt. Paradoxerweise versucht derjenige, der gerade am meisten damit beschäftigt ist, sich in die Angelegenheiten Libyens einzumischen, den „Antiimperialisten“ raushängen zu lassen. So erklärte Maas, dass Libyen seine Zukunft wieder selbst in die Hand nehmen solle und sprach sich gegen die Einmischung von außen aus. Was klingt wie ein schlechter Witz aus irgendeiner Politsatireshow, scheint der vollkommene Ernst des deutschen Außenministers zu sein. Libyen hat für die Imperialisten und ganz besonders auch für die BRD eine große Bedeutung strategischer Natur. Zum einen ist Libyen ein sehr ölreiches Land und hat somit einen hohen ökonomischen Wert. Dazu hat es aufgrund seiner geografischen Lage Bedeutung für die Europäische Flüchtlingspolitik und ist, nicht zu vergessen, ein sehr instabiles Land, das sich für die Imperialisten im Moment gut dazu eignet, es bis auf die Knochen auszuquetschen.

Eine hohe militärische Bedeutung im aktuellen Konflikt in Libyen hat der militärische Beistandsvertrag der Türkei an al-Sarradsch, der große Waffenlieferungen und auch die Stationierung türkischer Truppen auf libyschem Boden beinhaltet. Begleitend dazu erklärte der türkische Präsident

Erdogan, sein Engagement im Land auszuweiten. Die Neuaufteilung Libyens ist also voll im Gange. Und die BRD scheint hohe Besitzansprüche zu haben, was wir an ihrer intensiven Beteiligung an der ganzen Sache erkennen können. Darüber hinaus hat Außenminister Maas noch das zusätzliche Fass aufgemacht, dass auch die Nachbarländer von Libyen „mit einbezogen“ werden sollen und müssen. Das spricht für eine noch etwas weiträumigere Neuaufteilung des Gebiets, die sich in dem Falle auf den ganzen afrikanischen Norden beziehen würde. Die weiteren Entwicklungen werden sich zeigen und bleiben vorerst abzuwarten. Doch im Sudan, der südlich an Libyen grenzt, treibt der deutsche Imperialismus bereits sein Unwesen.

Einer der Einsätze, der kaum beachtet wird, ist beispielsweise der in Somalia. Hier spielt vor allem die deutsche Marine eine große Rolle. Im westlichsten Teil des indischen Ozean und dem Golf von Aden, südlich des Jemen, soll die deutsche Armee vor allem wichtige Handelsrouten der Imperialisten schützen, die aus den rohstoffreichen Ländern West- und Zentralasiens in Richtung Westen führen und im gleichen Zuge Piraterie bekämpfen. Außerdem befindet sich nahe der Hauptstadt Dschibuti ein wichtiger logistischer Stützpunkt für die Bundeswehr. Vom äußersten Osten Afrikas wollen wir noch einmal in den Westen des Kontinents schauen. Denn in Mali fährt die Bundeswehr ihren größten Einsatz auf dem afrikanischen Kontinent. Hier soll die BRD mit ihren Truppen angeblich für mehr Sicherheit und Stabilität sorgen. Doch das ist selbstverständlich nur ein Vorwand. Denn auch hier in Mali hat die BRD ökonomische Interessen, die mit den Bundeswehrtruppen verteidigt werden sollen. In Mali wird ein bürokratischer Kapitalismus entfaltet,

das Land in völliger ökonomischer Abhängigkeit gehalten und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung verhindert. All das hat aber auch Widerstand zur Folge. Denn die Zahl an Angriffen auf die unterschiedlichen ausländischen und einheimischen reaktionären Streitkräfte steigt seit 2015 jährlich um etwa das Doppelte an. 2019 waren es rund 700 Angriffe, was fast zwei Angriffen am Tag entspricht. Doch nachdem Ende letzten Jahres aus dem deutschen Verteidigungsministerium nach mehr Auslandseinsätzen geschrien wurde, ist der erste konkrete Schritt, dass die deutschen Truppen um 500 weitere Soldaten aufgestockt werden. Was an dieser Stelle auch Beachtung finden muss, ist das Frankreich auch mit im Boot sitzt und ebenso wie Deutschland eine Menge Soldaten in Mali stationiert hat. So ist die Aufstockung nicht nur eine vermehrte Aggression gegen das malische Volk, sondern auch eine direkte Kampfansage an den imperialistischen Konkurrenten Frankreich.

Was aber in jedem Fall noch gesagt sein muss, ist, dass es auch in fast allen Ländern Afrikas verschiedene militante Gruppen und Organisationen gibt, die den nationalen Befreiungskampf führen und sich gegen die imperialistische Ausbeutung wehren. Zwar stehen diese nationalen Befreiungsbewegungen oft unter reaktionären Fahnen, sie zeigen aber, dass die Völker Afrikas nicht mehr unter der Ausbeutung und Unterdrückung des Imperialismus weiterleben wollen. Eine Sache, die in der bürgerlichen Presse hier in der BRD in der Regel unter den Tisch fällt. So ist auch in den Ländern Afrikas das Hauptproblem, die fehlenden Kommunistischen Parteien, die die Führung über die nationale Befreiungsbewegung übernehmen und sie zum Sieg führen müssen. •



Pech gehabt - wo gehobelt wird, fallen Spähne.

GRÖPELINGEN IM UMBAUFIEBER

Die Anwohner in Gröpelingen haben allen Grund zur Freude – in ein paar Wochen beginnen mal wieder Gleis- und Oberleitungsarbeiten auf der Gröpelinger Heerstraße als Startschuss einer großen Reihe an Bauarbeiten, die für das Arbeiterviertel im Bremer Westen ein Verkehrschaos bedeuten. Der Hauptgrund dafür ist die „Umgestaltung“ des Gröpelinger Depots, Endhaltestelle der drei Bahnen nach Gröpelingen und wichtigster Umsteigeort für die Buslinien in Richtung Bremen-Nord – laut BSAG das drittgrößte Drehkreuz der Stadt. Die Maßnahmen sind auch Teil der schon vor einem halben Jahr beschriebenen Kampagne zur „Aufwertung“ des Stadtteils, welche u.a. ebenfalls die Umgestaltung der Lindenhofstraße und den Neubau des „Ohlenhof-Carrée“ mit einschließt.

Erst auf den zweiten Blick wird richtig deutlich, was die „Umgestaltung“ des Depots wirklich beinhaltet. Der Vorstand der BSAG spricht davon, den Betriebshof „fit für die Zukunft und die neuen Straßenbahnen, die ab kommendem Jahr geliefert werden“ zu machen. Der Umsteigepunkt ist zwar alles andere schön oder übersichtlich, allerdings erfüllt er seinen Zweck und stellt keinerlei Hindernis für die neuen Bahnen dar. Was das Depot jedoch bietet, ist viel ungenutzter Raum; eine strategisch optimale Lage für ein neues Polizeikommissariat. Und das wird nicht ein Ersatz für die bisherige kleine Wache im Lindenhof, sondern ab 2021 mit über 100 stationierten Beamten das zweitgrößte Bullenrevier der Stadt. Denn der Kern bei den Umbauarbeiten in Gröpelingen ist die Schaffung eines zentralen Lokals für die Koordinierung der möglichen Aufstandsbekämpfung im Arbeiterstadtteil. Den Herrschenden ist nicht entgangen, dass die fast stetig zunehmende Armut und die miserable ökonomische Lage der Arbeiter besonders in Gröpelingen ein großes Potential der Rebellion gegen den Staat bewirkt. In die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse

gerieten aus Bremen vergangenes Jahr immer wieder ausgebrannte Wagen der Bundeswehr oder der Vonovia. Die Errichtung des neuen Reviers ist nun ein Ankerpunkt in den Bemühungen der Reaktion, den Ausbruch der Rebellion in Gröpelingen zu verhindern.

Natürlich soll das Projekt rund ums Depot möglichst „bürgerlich“ verkauft werden – Cornelia Wiedemeyer, Vorsitzende von „Gröpelingen Marketing e.V.“, erlaubt sich sogar folgenden Scherz:

„Das Straßenbahndepot Gröpelingen wird zur Mobilitätsdrehscheibe umgebaut. Die Gestaltung des Areals sorgt für Aufenthaltsqualität, die Ansiedlung des Polizeireviers an diesem zentralen Ort entspricht den Wünschen der Bevölkerung...“

16,7 Millionen Euro werden alleine aus öffentlicher Hand in das Projekt gepumpt; bis auf das Bullenrevier und ein bisschen „Aufwertung“ sind keine relevanten Veränderungen in Aussicht. Ob die „Wünsche der Bevölkerung“ – speziell, was man mit solchen Geldsummen macht – wohl nicht doch eher neue KiTa-Plätze, die an allen Ecken und Enden fehlen, oder die Renovierungen von schimmeligen Wohnungen sind, wird Wiedemeyer vermutlich herzlich egal sein. Die Gröpelinger müssen jedenfalls

noch etwas über drei Jahre warten, bis sie ihre „Mobilitätsdrehscheibe“ haben. Bis dahin warten zwei Monate Gleissanierungen auf der Gröpelinger Heerstraße, gefolgt von einer Verschiebung der Endhaltestelle und einer starken Einschränkung des Bahnverkehrs nach Gröpelingen, was speziell für Fahrgäste Richtung

Oslebshausen oder Bremen-Nord eine Katastrophe ist. Spätestens, wenn die Heerstraße und Teile der Hafenrandstraße im August vollgesperrt sind und man nicht mehr durch den Stadtteil durchkommt – womit noch längst nicht Schluss ist – wird wohl jeder das Bauprojekt zur Hölle wünschen.



Rechts die Busse, links die Bullen – Das neue Depot

Die Kampagne zur „Aufwertung“ oder „Stadtentwicklung“ dauert unterdessen auch im restlichen Viertel an. Parallel zu den Gleisbauarbeiten soll der Platz an der Haltestelle Lindenhofstraße, die zentrale Kreuzung des Stadtteils, umgestaltet werden. Im Zuge dessen ist auch der tatsächliche Baubeginn des an dem Platz positioniertem „Ohlenhof-Carrée“ geplant, der eigentlich schon vor knapp vier Jahren hätte stattfinden sollen und nun schon drei mal verschoben wurde. Das Carrée reiht sich in seiner Funktion in eine Menge an ähnlichen Gebäuden in Gröpelingen und Oslebshausen ein, die im Zuge der „Stadtteilaufwertung“ in den letzten 15 Jahren hochgezogen wurden: Im Erdgeschoss ein Supermarkt, Fitnessstudio, Kleidungsgeschäft oder Ähnliches und darüber Büros oder Arztpraxen. Alles ein Stück weit teurer und für manch kleineren Laden an der Gröpelinger Heerstraße womöglich die Gute-Nacht-Geschichte. Dafür hat man aber nun die Grundlage, ökonomisch besser gestelltes Klientel ins Viertel zu locken, für die das Gebäude als neues zentrales Versorgungszentrum dient. Zeitgleich sollen die Ladenflächen „vereinheitlicht“ werden, vornehmlich an der Lindenhofstraße. Vereinheitlicht natürlich im Sinne der neuen Optik und Funktionalität, die der Stadtteil erhalten soll; alteingesessene Läden werden nach und nach von Geschäftsketten verdrängt. In dieser Hinsicht helfen auch die Umbauarbeiten am Depot und umzu zu einer „Vereinheitlichung der Ladenfläche“ an der Gröpelinger Heerstraße, was auch Ulrike Pala, Gröpelingens Ortsamtsleiterin ausdrückt:

„Ich verspreche mir von der anstehenden Umgestaltung des Depots Gröpelingen und des angrenzenden Straßenraums eine Aufwertung des Areals. Dabei ist es nicht nur eine funktionale und technische Aufwertung. Die städtebaulichen und architektonischen Qualitäten eines solchen Projektes bedeuten für diesen zentralen Ort in Gröpelingen auch eine große Chance.“

Doch die Anwohner in Gröpelingen lassen sich von den Lügen rund um die „Stadtteilaufwertung“ nicht beirren (und reagieren auf diese angesprochen eher abwertend). Besonders bei Menschen, die schon länger hier leben, kommt oft die Aussage, durch die neuen Gebäude, Läden und Straßenzüge sei der Stadtteil grau und trübselig geworden. Die mühevoll von den Arbeitern geschaffene Kultur und Optik des Viertels wird nach und nach zugrunde gerichtet,

an deren Stelle treten dann bürgerliche-kulturelle Imageveranstaltungen wie der „Gröpelinger Sommer“. Die sogenannte Aufwertung bedeutet „Durchmischung“ der Bevölkerung und für einige sogar Vertreibung. Der Stadtteil wird für Leute mit etwas besser gefülltem Geldbeutel attraktiv gemacht; die daraus folgende „Durchmischung“ wirkt einer höheren Konzentration an Massen, die rebellieren, entgegen. Dadurch wird verhindert, dass die Leute sich organisieren. Die Preise für Wohnen und Versorgung steigen zugleich, sodass viele Menschen die Mieten nicht mehr bezahlen können und wegziehen. Wir berichteten über die Renovierung in Wohlers Eichen in Oslebshausen, wo lange ausschließlich Teile der ärmsten Menschen in Bremen gewohnt haben, von denen speziell in den 90'er-Jahren auch viele aus anderen Stadtteilen dorthin kamen. Durch die drastischen Mieterhöhungen mussten ebenfalls einige aus dem sogenannten „Brennpunktgebiet“ wegziehen. Klar ist aber auch, wo dieses Spiel hinführt – ist im einen Stadtteil durch Aufwertung gerade Ruhe eingekehrt, bricht die Rebellion in einem anderen umso heftiger aus. Durch all ihre Maßnahmen zur Repression machen sie uns nur noch wütender und kampfbereiter!

Die neue große Bullenwache und die Aufwertungskampagne sind zwei Seiten der selben Medaille, und dahinter stecken die selben Köpfe. Die herrschende Klasse versucht früh mit allen legalen Mitteln, präventive Maßnahmen gegen das Aufflammen der gerechtfertigten Rebellion in den Arbeitervierteln einzuleiten. Das wird aber unweigerlich auf Widerstand treffen. Die Massen werden ihnen zeigen, dass sie ihre „Ruhe“ in den Arbeitervierteln nicht mehr haben werden und dass die Bullenwache am Depot kein sicherer Ort ist! Dass Vertreibung das Proletariat nicht aufhält im Kampf gegen den Imperialismus, sondern ihn noch kräftiger macht! Und dass sie sich Gröpelingen nicht nehmen lassen! Die Reaktion der Herrschenden auf die Entwicklungen im Stadtteil bestätigen den Fortschritt, den es hier gibt; den Willen zur Revolution. Es braut sich etwas zusammen in Gröpelingen. Aus Angst vor der Rebellion antworten die Herrschenden mit frühzeitiger Repression und „Umgestaltung“ des Stadtteils. Wenn das nicht Grund genug ist, die Kräfte zur Rebellion zu vermehren! •

BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG

In Hamburg stehen wieder einmal Wahlen an. Diesmal dreht sich bei der Bourgeoisie alles um die Bürgerschaftswahl in Hamburg. Die Wahlbeteiligung lag bei der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl 2015 mit 56,5% auf dem niedrigsten Wert seit 1949. Der bis dahin niedrigste Wert von 2011 wurde damit abgelöst. Seit 2001 sinkt die Wahlbeteiligung in Hamburg immer weiter. Doch die bürgerlichen Parteien versuchen weiter verzweifelt, sich ihre Herrschaft legitimieren zu lassen, indem sie die Menschen an die Wahlurnen treiben. Nicht nur versuchen sie, durch Änderungen im Wahlrecht mehr Wahlberechtigte herbeizuschaffen und somit die Wahlbeteiligung künstlich aufzublasen. Auch dieses Mal berichtet die bürgerliche Presse von mehr Wahlberechtigten, auch dieses Mal dürfte das an der allgemeinen Tendenz nichts ändern.

Noch dazu geben sie ein Heidengeld für ihre Wahlwerbung aus, der man gerade in den ärmsten Vierteln nicht mehr aus dem Weg gehen kann. Jede einzelne Partei lässt es sich mehrere hunderttausend Euro kosten, die Menschen in Hamburg mit kessen Slogans zu „überzeugen“. In manchen Vierteln funktioniert das auch ganz gut: bei der letzten Wahl lag die Wahlbeteiligung in Stadtteilen wie Blankenese, Ohlstedt und Othmarschen bei über 70% der Wahlberechtigten. Dort muss man die Menschen nicht groß bitten, die bestehende bürgerliche Ordnung zu bestätigen. In den Arbeitervierteln sieht es da schon ganz anders aus: die Wahlbeteiligung lag 2015 in keinem der proletarischen Viertel über 45%.

In Billbrook haben sich sogar nur 26,3% aller Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Wären alle Menschen, die in dem Stadtteil leben, tatsächlich auch wahlberechtigt, wäre der Anteil der Nicht-Wähler sicherlich noch höher. In dem Stadtteil leben viele Geflüchtete, die nicht wahlberechtigt sind. Die Geflüchteten, mit denen wir gesprochen haben, gaben an, sie würden nicht wählen gehen, selbst wenn sie dürften. Ähnlich sieht es in Billstedt aus: dort lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 40,3%, in Rothenburgsort bei 38,0%. Wenn man in Mümmelmannsberg auf der Straße das Wort

„Wahl“ in den Mund nimmt, ist man sofort mit einem „*Lass mich mit dem Scheiß in Ruhe!*“ konfrontiert, bis man aufklärt, dass man über Wahlboykott sprechen will. Sobald man mit den Leuten aus den Vierteln ins Gespräch kommt, wird deutlich: sie sind nicht einfach faul oder „politikverdrossen“. Die Menschen haben es satt, sich die Heuchelei der Bourgeoisie anzuhören. Jahrelang interessieren sich die bürgerlichen Parteien einen Dreck für unsere Viertel und plötzlich sieht man sie an jeder Ecke. Wieder werden Versprechungen gemacht, die nach der Wahl nichts mehr wert sind. Die einfachen Leute sind alle vier Jahre (in Hamburg alle fünf) gut genug, um denen ihre Stimmen einzufahren. Doch kurze Zeit später sind sie wieder verschwunden. Wie der Stand der CDU neulich in der Fußgängerzone. Ein Mann erzählt uns: „Die waren neulich wieder beim EKZ, ich hab denen sagt, dass sie abhauen sollen!“ Ein Jugendlicher macht direkt vor den Augen der Parteiunterstützer das Wahlplakat der CDU kaputt. Alle Mühe der Herrschenden, sich dem Proletariat anzubiedern, scheint vergebens. Obwohl die Herrschenden so einen Aufwand betreiben, können sie in den proletarischen Vierteln nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl bewegen.

Nicht nur machen die bürgerlichen Parteien für sich Werbung, die Herrschenden machen auch für das Wählen gehen an sich Werbung. Mit ihrer *#wähl-dichwarm*-Kampagne zielen sie insbesondere auf Jugendliche ab, denen deutlich gemacht werden soll, dass es völlig egal ist, für wen sie sich entscheiden, hauptsächlich sie geben der herrschenden Klasse ihre Legitimation durch das Wahlkreuz. Die sinkende Wahlbeteiligung kommt nicht von ungefähr: die Gefahr des Abrutschens in die unteren Schichten des Proletariat hat zugenommen. Viele Menschen bekommen zu spüren, dass das Versprechen der Herrschenden auf möglichen Wohlstand nicht mehr eingelöst werden kann. Die Unzufriedenheit über die ökonomische Situation wächst, auch in den mittleren Schichten des Proletariats. Dieses mangelnde Vertrauen und die Unzufriedenheit versucht die Bourgeoisie abzufangen mit Parteien wie der AfD.

Diese Partei ist nichts weiter, als ein kläglicher Versuch der herrschenden Klasse, eine „populistische Bewegung“ zu schaffen, um die gerechtfertigte Rebellion der Massen in geordnete Bahnen zu lenken. Die AfD ist nicht der Faschismus, sondern sobald sie an „die Macht“ kommt, agiert sie genau so wie andere bürgerlichen Parteien auch. Die bevorzugte Regierungsform der Bourgeoisie in diesem Land ist und bleibt die parlamentarische Demokratie, daran wird auch die AfD so schnell nichts ändern.

Auch die anderen Parteien - auch die, die sich angeblich der Arbeiterklasse oder den einfachen Leuten verschrieben haben, wie zum Beispiel Die Linke - sind nach der Wahl nicht mehr in den Vierteln zu sehen. Sie machen vielleicht ein paar Reformen, aber nur um den sozialen Frieden zu erhalten, um die Menschen im Viertel ruhig zu stellen. Am Ende sind sie genauso wenig für die Arbeiterklasse da. Egal, welche Partei dieses Rennen gewinnt, am Ende müssen alle bürgerlichen Parteien danach entscheiden, was am besten für dieses System ist, nicht was am besten für das Volk ist. Daran, wer ausgebeutet wird und wer ausbeutet, kann keine bürgerliche Partei, keine Reform etwas ändern. Um daran etwas zu ändern, braucht man den Umsturz aller alten Verhältnisse. Die bereits sichtbare Instabilität macht den Herrschenden am meisten Sorgen. Die mangelnde Zustimmung zum Parlamentarismus hat eine strategische Bedeutung, um gegen den Imperialismus zu kämpfen. Das haben einige Revolutionäre in Hamburg begriffen. In einem Flugblatt schreiben sie unter anderem folgendes:

„In Hamburg, einer der reichsten Städte der BRD, ändert sich seit jeher nichts für uns. Egal, ob die CDU oder die SPD oder sonst wer das Zepter in der Hand hatte. Seit Jahren schimmeln unsere Wohnungen, und wenn sie dann renoviert werden, wird auch gleichzeitig unsere Miete erhöht. In Billstedt bauen sie neue U-Bahnstationen, aber dass damit eine Vertreibung der Arbeiter aus ihrem Viertel einhergeht, weil sich dann niemand die Miete leisten kann, wird verschwiegen, und unsere Proteste werden nicht ernst genommen. Die bürgerlichen Parteien sagen, sie wollen „Chancengleichheit“ herstellen, aber niemanden interessiert es, dass immer mehr Kinder in dieser Stadt von Hartz IV leben müssen und von „Chancen“ nur träumen können.

Wir erinnern uns daran, dass die Polizei regelmäßig die Jugendlichen in unseren Vierteln kontrolliert und schikaniert, weil die Hamburger Regierung für „Sicherheit“ sorgen will.

Kurz gesagt, die herrschende Klasse handelt niemals in unserem Interesse. Wir sollen nur wie Wahlvieh zur Urne traben, damit sie so weitermachen können, wie bisher.

Aber wir wollen nicht mehr so weitermachen wie bisher!

....

Wir müssen unsere Befreiung selbst in die Hand nehmen, die Bourgeoisie hat kein Interesse an unserer Emanzipation. Statt wählen zu gehen, lasst uns zusammenschließen, um gemeinsam für unsere Befreiung zu kämpfen.

Ausbeutung abwählen, das geht nie!

Boykott der Wahl der Bourgeoisie!

Glaubt die Lügen der Ausbeuter nicht!

Die Rebellion ist gerechtfertigt!“ •





DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE

08. MÄRZ: INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG

Bremen:

Block des Roten Frauenkomitees Bremen auf der 8.März-Demonstration
13 Uhr | Goetheplatz

Hamburg:

Internationalistischer Block auf der Frauenstreik-Demo
15 Uhr | Landungsbrücken

18.MÄRZ: TAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Haltet Augen und Ohren offen nach Aktionen in euer Stadt!

BREMEN

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

